



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/12 - 15. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81681-83

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Vor der Rentenschlacht	S. 1
Nach dem Regierungswechsel in Gross- Britannien	S. 3
Finanznot Baden-Württenbergs	S. 5
Völkerrecht im Taschenformat/Buchbe- sprechung	S. 6

Als CDU-Lohlschlager nicht geeignet

sp. Am Mittwochmorgen wird im Bundestag die zweite Lesung der neuen Rentengesetze beginnen. Einschliesslich der dritten Lesung kann man mit drei bis vier Beratungstagen rechnen. Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, dass es im Sinne des Wortes eine Rentenschlacht werden wird. Allein die Zahl der Abänderungsanträge, die man zur Stunde auf etwa über 300 schätzen kann, zeigt, was dem Bundestag bevorsteht.

Noch nicht einmal ein Prophet könnte heute feststellen, in welcher Form der Gesetzentwurf endgültig das Plenum verlassen wird. Einige grundsätzliche Feststellungen aber haben schon heute ihre Gültigkeit.

Wenn der Bundestag trotz jahrelanger Verzögerungen jetzt endlich soweit ist, eine Entscheidung zu fällen, dann dürfte das in erster Linie ein Verdienst der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sein. Wenn sie im April 1956 nicht die Initiative ergriffen und einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hätte, dann würde vermutlich heute noch nur das Gezänk der Interessanten und die Unclinnigkeit der Bundesregierung zu vernehmen sein. Erst die sozialdemokratische Initiative hat der Bundesregierung "Beine gemacht" und sie gezwungen, auch ihrerseits einen Gesetzentwurf vorzulegen. Dass die Koalitionsparteien dem schon im April vorgelegten sozialdemokratischen Gesetzentwurf die Beratung verweigerten, bis endlich dann im Juni auch die Regierungsvorlage einging und die Ferien kamen, trägt die Schuld daran, dass die Vorlage

nicht im alten Jahr zur Verabschiedung kommen konnte. Wäre es aber nicht die SPD gewesen, die ständig für Überbrückungsregelungen eintrat, es wären noch nicht einmal die billigen Abschlagszahlungen mit dem dreifachen Rentonnehrbetrag zustande gekommen.

Aber auch in der Sache selbst kann die sozialdemokratische Bundestagsfraktion für sich in Anspruch nehmen, dass sie in den monatlichen Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss nicht nur hart gekämpft, sondern auch manchen Erfolg errungen hat.

Das alles aber kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass von einer Rentenreform im vollen Sinne des Wortes nicht zu sprechen ist. In erster Linie geht es im Bundestag um ein Rentenerhöhungsgesetz. Deshalb wird es das Ziel der SPD in der drei- oder viertägigen Rentenschlacht sein, durch ihre Abänderungsanträge doch noch so etwas wie eine echte Rentenreform zu erreichen. Die etwa 150 von der SPD vorgelegten Abänderungsanträge zeigen, was getan werden müsste, um tatsächlich zu einem Reformgesetz zu kommen.

Es ist hier nicht der Platz, im einzelnen diese Anträge zu erläutern, aber wenn man eine Rentenreform will, dann müsste man beispielsweise die sozialdemokratischen Abänderungsanträge annehmen, die die tatsächlich lohnbezogene Rente ohne Verzögerung vorsehen. Es müsste der SPD-Antrag Annahme finden, der die laufende Anpassung der Rente zum Inhalt hat. Die Versicherungspflicht müsste auf alle Arbeiter und Angestellten ausgedehnt werden und vieles andere mehr.

Die Koalition wird manches tun, um in den folgenden Monaten die Renten Gesetze in die Schlusseinmündersetzungen einzubeziehen. Allein die verweigerten Vorschusszahlungen und der Termin der zu erwartenden Nachzahlungen zeigen, dass man dieses Moment bei der CDU/CSU hauptsächlich im Auge hat. Deswegen wird es um so notwendiger sein, die Wahrheit festzuhalten:

1. Wenn es zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes überhaupt kommt, dann dürfen die SPD-Initiativen für sich in Anspruch nehmen, dass sie wesentlich zur Erreichung dieses Zieles beigetragen haben.

2. Die zu erwartenden geldlichen Mehrleistungen für die Rentner sind zu einem grossen Teil auf Anträge der SPD zurückzuführen.

3. Das Thema der Renten-"Reform" findet mit den Beratungen im Bundestag keineswegs seinen Abschluss. Die SPD wird weiterhin für dieses Ziel wirken, wobei man sich praktisch darüber im Klaren sein muss, dass diese Aufgabe grundsätzlich erst von einer neuen Bundestag gelöst werden kann.

Macmillans Chancen nach Edens Fiasco

E. A., London

Überraschender als Edens plötzlicher Rücktritt war die Wahl seines Nachfolgers. Eine Kabale in den höchsten Zirkeln der Torypartei hatte erreicht, dass der intellektuelle Vater des Neukonservatismus und dessen Organisator, Richard Austin Butler, elegant übergeben wurde. Der Marquis of Salisbury und der greise Winston Churchill wurden von der Herrscherin als Ratgeber in einer Situation herangezogen, die zwar mit allerdeutlichkeit eine Berücksichtigung Butlers erforderte, in der aber die Strömungen im konservativen Lager so verwirrend erschienen, dass man die Maschinerie, einen neuen Parteiführer anstelle des abgetretenen Edens zu wählen, nicht in Gang zu setzen wagte. Beide empfahlen Harold Macmillan. Der Königin blieb keine andere Wahl. So wurde durch einen Akt der Herrscherin nicht nur Grossbritannien ein neuer Premierminister, sondern der konservativen Partei ein neuer Parteiführer beschert. Selbst aus dem Torylager - ganz zu schweigen von der "Times" - erhoben sich Stimmen dagegen, dass man die Monarchie in eine Kabale verstrickt und damit die Institution der Monarchie zu Parteiinteressen missbraucht habe.

Die Hintergründe seiner Ernennung zum Premierminister lassen die Frage aufwerfen, wie lange er am Ruder bleiben kann. Wird Harold Macmillan es fertig bringen, die durch Edens Fehlschlag angerichteten Schäden wieder gutzumachen? Gewiss, in Torykreisen rechnet man mit dem sprichwörtlichen Glück Macmillan's und mit seiner Energie. Er hatte einen blendenden Aufstieg. Innerhalb der letzten drei Jahre war er Verteidigungsminister, Ausserminister und Schatzkanzler, nachdem er vorher als Wohnungminister das konservative Wohnprogramm glänzend organisiert und durchgeführt hatte. Aber als die Suezkrise ausbrach, steifte er dem schwankenden Eden den Rücken und gehörte zu den Wortführern einer Politik der starken Hand. Erst als die durch die Schliessung des Kanals herbeigeführten Schäden für die britische Wirtschaft offenbar wurden, hatte er - mit der Mehrheit der Kabinettsmitglieder - zum Rückzug geblasen. Wenn als erste Aufgabe der neuen Regierung vorausgestellt wird, das alte Freundschaftsverhältnis zu Washington wieder herzustellen, so ist Macmillan politisch dazu ebenso schwer vorbelastet wie es Anthony Eden

selbst war. Allerdings muss man ihm zugute halten, dass er persönlich sich mit John Foster Dulles besser verstand als sein Regierungschef und dass er die persönlichen Beziehungen zu Präsident Eisenhower stets zu pflegen gewusst hatte. Macmillan hatte während des Krieges als britischer Minister für Nordwestafrika Jahre im alliierten Hauptquartier Eisenhows während des Afrika- und Italienfeldzuges verbracht. Daher stammt sein Freundschaftsverhältnis zu Präsident Eisenhower. Eine Einladung nach Washington, die Eden nach Suez vergeblich zu erhalten strebte, dürfte man Macmillan nicht versagen.

Bankrott des rechtsradikalen Konservatismus

Aber an der sonst so prekären Lage Grossbritanniens, die sich seit dem Suezabenteuer politisch und wirtschaftlich entscheidend verschlechtert hat, wird der Wechsel in höchsten Regierungsrang kaum etwas ändern. Trotz aller Umbesetzungen in der Ministerien bleiben die alten Anschauungen, die alten Rezepte, die für die heutige Lage unzureichend sind. Es wäre ja borniert, wenn man den Zusammenbruch der britischen Mittelostpolitik - dazu gehört auch Zypern - Eden allein in die Schuhe schieben wollte, wenn man ihn allein für alles das, was in den 20 Monaten seiner Regierung schief gegangen ist, verantwortlich machen wollte. Es war nicht der Bankrott Eden's, sondern der Bankrott des rechtsradikalen Konservatismus, der imperialistischen Imperialpolitik, der sich der sonst gemässigte Eden im Laufe des letzten Jahres mehr und mehr verschrieben hatte, Macmillan und sein neues Team aber gehören gerade zu diesem rechtsradikalen Flügel der Konservativen. Sein Schwiegersonn ist der Führer der imperialistischen Suezrollen, Julian Amery. Was von diesen Leuten im innerpolitischen Kurs zu erwarten sein wird, lässt sich leicht voraussehen, selbst wenn einige Apostel der Mäßigung wie Butler und andere Macmillan aus Gründen der Parteidisziplin ihre Dienste leisten. Eine reaktionäre Innenpolitik aber wird auf eine verstärkte Welle gewerkschaftlicher und politischer Opposition stossen müssen.

Harold Macmillan hat kurz nach seiner Ernennung angekündigt, dass er nicht beabsichtige, Neuwahlen vornehmen zu lassen. Seine Absicht, den vollen Lauf der jetzigen Parlamentsperiode bis 1960 das Ruder in der Hand zu behalten, dürfte sich aus den oben angeführten Gründen nicht verwirklichen lassen. Seine Regierungszeit wird eine Übergangsperiode sein, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, von der Gaitskell-Bevan-Ära abgelöst werden dürfte.

Baden-Württemberg fehler. 70 Millionen DM

-tz- Stuttgart

Wird Fritz Schäffer auch noch zum Bankier von Baden-Württemberg?
Diese Frage wäre bis vor kurzem noch glatt verneint worden. Sie schien um so weniger berechtigt, als auch der baden-württembergische Staatshaushaltsplan für das Jahr 1957 dem Parlament ausgeglichen vorgelegt werden konnte, wenngleich dabei nicht vorgehen blieb, dass er einige schwache Punkte aufzuweisen hatte. Gerade als sich der Finanzausschuss des Landtags an die erste Berstung machen wollte, forderte eine Vorlage des Landesfinanzministeriums weitere 70 Millionen Mark, die für die vermehrten Leistungen nach dem neuen Bundesentschädigungsgesetz erforderlich sind.

Die Auswirkungen dieses Gesetzes wurden von den Bundesstellen völlig falsch berechnet: es war für Baden-Württemberg ein Fehler, dass es sich an diese Berechnungen hielt. Jetzt ist der Fehler entdeckt worden, der Entwurf des Haushaltsplans musste an die Regierung zurückgegeben werden und es liegt an ihr, in den wenigen Wochen, die noch bis zum Beginn des neuen Haushaltsjahres verbleiben, noch einen Ausgleich für die fehlenden 70 Millionen Mark zu suchen. Nach dem neuen Wiedergutmachungsgesetz übernimmt der Bund die Hälfte der Entschädigungsleistungen, während der auf die Länder entfallende Rest zwischen ihnen nach der Kopfstärke verteilt wird. Mit dieser Bestimmung - einem versteckten Finanzausgleich zwischen den Ländern - wird Baden-Württemberg stark berücksichtigt werden. In den vergangenen Jahren stand Baden-Württemberg mit seinen Wiedergutmachungsleistungen in der vordersten Linie der Länder, von denen die meisten erst jetzt mit ihren Zahlungen beginnen. In der Praxis ist es daher so, dass Baden-Württemberg einen erheblichen Teil der Wiedergutmachungsleistungen der anderen Länder mitfinanzieren muss. Gegen diese Bestimmung des Entschädigungsgesetzes hat Baden-Württemberg schon bei der Berstung einen Rechtsvorbehalt eingelegt. Dieser Vorbehalt ist durchaus berechtigt. Allerdings bleibt die Frage offen, ob das Bundesentschädigungsgesetz gerade das geeignete Objekt ist, aus einem solchen Vorbehalt die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Diese Folgerung kann nur darin liegen, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzubringen. Das sollte in Interesse der Wieder-

gutmachung tunlichst zu werden.

Was wird nun die badenwürttembergische Regierung tun, um den um die 70 Millionen Mark mehr belasteten Haushalt wieder auszugleichen? Eine Möglichkeit würde die beabsichtigte Aufnahme der Landesanleihe von 100 Millionen Mark bieten, wobei dann allerdings die Ausgaben, für die sie eigentlich vorgesehen war, zurückstehen müssten. Ob die Regierung diesen Weg beschreiten will, ist fraglich und sogar schon verneint worden. Auch sind nach der Meinung des Landesfinanzministers keine erhöhten Steuereinnahmen zu erwarten, mit denen der Haushaltsausgleich hergestellt werden könnte. Was nun die Regierung tatsächlich zu tun gedenkt, um den Haushaltsausgleich wieder herbeizuführen, wird von der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet. Dass der Bundesfinanzminister dem Land, von dem er eine immer grössere Beteiligung an seinen Ausgaben erwartet, mit einem Kassenkredit aus der Patsche helfen könnte, wäre zwar grotesk, bleibt aber eine durchaus ernsthafte Möglichkeit. Sollte diese Möglichkeit wahr werden, wäre ein solcher Vorgang nur noch ein weiteres Signal, um die so on so lange und so gründlich zerrodete finanzielle Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern endlich neu und damit auch gerecht zu lösen.

+ - +

Was der Soldat nicht tun darf

dt, Hannover

In einem bunten Kleid - in Siebenfarbendruck und in neun Sprachen - präsentiert ein Oldenburger Verlag eine Fibel über die Genfer Konventionen, jene Völkerrecht gewordenen humanitären Vereinbarungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), die dem Krieg seine furchtbarsten Entartungen nehmen sollen. Die Verträge gehen auf das Jahr 1864 zurück, als der Schweizer Henry Dunant mit der ersten Konvention ("Zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der im Feld stehenden Heere") die Grundlage des Internationalen Roten Kreuzes schuf, und sie erstrecken sich bis zur vierten Konvention, die 1949 von 61 Staaten, darunter auch der Sowjetunion, angenommen wurden und den Schutz der Zivilbevölkerung in dem inzwischen total gewordenen Krieg sicherstellen wollen.

Die 61 Staaten sind auch verpflichtet, ihre Bürger mit dieser Materie vertraut zu machen. Das ist ein schwieriges Unterfangen, denn die Konventionen füllen in einer für den Normalgebrauch schwer ver-

15. 1. 1957

ständlichen Juristensprache ein dickes Buch mit 429 Artikeln. Auf diese Schwierigkeit stiess auch der Justiziar des DRK-Landesverbandes Oldenburg, Dr. Stedler, als er sich bemühte, die Genfer Konventionen publik zu machen. So entstand bei ihm die Idee einer Fibel, einer Illustration der 30 wichtigsten von den 429 Artikeln mit einem vereinfachten, leicht fasslichen Text.

Genf griff sofort zu, und so entstand in internationaler Zusammenarbeit - das IKRK besorgte bei den entsprechenden diplomatischen Vertretungen in der Schweiz hieb- und stichfeste Übersetzungen, darunter auch in chinesisch, japanisch und arabisch - das kleine Büchlein, das ein vereinfachtes Völkerrecht für den kleinen Mann im Taschenformat darstellt. Der Soldat erfährt daraus, was er im Krieg nicht tun darf und dem Zivilisten wird in einfachen Bildern und Worten zu Wissen gegeben, welche Rechte er allen Kriegswunden zum Trotz geniesst. Das Büchlein schützt selbstverständlich nicht vor Fliegerbomben, und es wäre auch ein schlechter Schutz, wenn eine entwesene Soldateska sich ans Plündern und Vergewaltigen macht. Aber gerade die Entfesselung soll das Büchlein durch eine so starke Verbreitung wie nur möglich verhindern. Wenn es dem IKRK gelingt, bei den 61 Signatarmächten durchzusetzen, dass die Fibel ebenso in den Tornister jedes Soldaten kommt wie das ABC des Schicksals, wäre schon viel gewonnen; zumindest könnte sich dann kein Übeltäter auf Unkenntnis des Gesetzes berufen.

Von der Fibel sind zunächst 25 000 Stück gedruckt worden, sie ist das erste Produkt der Weltliteratur, das mehrsprachig erscheint. 500 davon hat das IKRK bekommen, um auf dem nächsten internationalen Kongress des Roten Kreuzes zu beschliessen, wie man der Fibel und der darin festgehaltenen Idee Weltgeltung verschaffen könnte. Diese Beschlüsse dann zu unterstützen, wäre eine dankbare Aufgabe der Weltöffentlichkeit.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel